

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

76 (31.3.1914) [Erstes Blatt]

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,62 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 11 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gies & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Bayrisches Bilderbuch.

Ein Vernichtungskrieg der Kapitalisten gegen den Staat. — Die bayerische Elektrotrogodie. — Die uneinige Regierung und das einige Kapital. — Die kapitalistischen Quertreiber im Zentrum. — Der Fadelzug für Abrech. — Der Kapitalismus als Materialisationsphänomen. — Wie werde ich durch Erott Millionär? — Der Reichtum leerer Bergwerke. — Eine Heiratsvermittlung.

München, 28. März 1914.

Die Vorgänge, die sich gegenwärtig im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenversammlung abspielen, stellen in der Hülle rednerischer Auseinandersetzungen einen wahren Vernichtungskrieg des Kapitals gegen den Staat dar. Sechs Jahre, nachdem der bayerische Landtag in dem posthethischen Gefühl eines großen geschichtlichen Wertes, den Millionenkredit für Durchführung einer staatlichen Elektrizitätspolitik beschlossen hat, wird im Ausschuß derselben Abgeordnetenversammlung darüber debattiert, ob der Staat überhaupt das Unternehmen beginnen soll. Seitdem jener Beschluß zustandekam, war das „staatssozialistische“ Ministerium Bodenwils-Frauenhofer seines Lebens nicht mehr sicher. Schon Herr von Frauenhofer kam, umstell von offenen und geheimen Widerständen, keinen Schritt vorwärts. Und der Sturz des Ministeriums ist letzten Endes durch jenen Versuch herbeigeführt worden, für den Staat und durch den Staat die Wirtschaft des Landes entscheidend zu beeinflussen. Von den feudalen Kapitalisten des Reichsrats wurde der Feldzug gegen die „Staatssozialisten“ organisiert, und der Professor Hertling schien ihnen der rechte Mann, um dem wildernden Kapital wieder freie Jagd zu verschaffen.

Es stehen in der Tat unermeßliche Interessen des Privatkapitals auf dem Spiel. Bayern ist das Land ohne (genügende) Kohle und ohne schiffbare Wasserstraßen. Hier wurzelt die Not Bayerns, die sich in wachsender finanzieller Bedrängnis, in rückwärtiger industrieller Entwicklung, in industriellen Erschütterungen äußert. Es ist berechnet worden, daß die bayerische Industrie ihren Kohlenbedarf mit 29 Millionen Mark teurer bezahlen muß als die außerbayerische Industrie. Nicht zum wenigsten leidet die Rentabilität der bayerischen Eisenbahn durch den Mangel einheimischer Kohle. Aber all diese natürlichen Nachteile werden mehr als aufgehoben durch den Reichtum an Wasserkraften, die zur Gewinnung elektrischer Kraft ausgebaut, das ganze Land mit billiger Kraft versorgen könnten. Der Waldensee war das Hauptfeld dieser staatlichen Elektrizitätspolitik. Ohnmächtig brach der Staat vor dem organisierten Kampf des Kohlenindustrials, des Elektroindustrials, der Interessenten für Dampflokomotiven zusammen. Sinter den Bestrebungen der staatlichen Elektrizitätswirtschaft wirkte nicht zuletzt auch preussische Rivalitäten; Preußen weiß, daß wirtschaftliche Erstarkung der andern Bundesstaaten auch politische Kräftigung bedeutet. Und während für die Vorarbeiten des Waldenseewerkes in all den Jahren nichts geschehen ist, hat das Privatkapital bereits weite Strecken des Landes durch Errichtung von Ueberlandzentralen an sich gerissen. Der gegenwärtige bayerische Verkehrsminister Herr von Seidlein wurde in seiner bürokratischen Unfähigkeit und Untätigkeit das willkommene Werkzeug des Elektrokapitals. Er stellte, unter den nächstgünstigen Vorwänden, die weitere Elektrifizierung der Bahnen ein, zu dem kaum noch verhüllten Zweck, durch Beseitigung des Interesses der Eisenbahnverwaltung an staatlicher Kraftwerken diese selbst zu verhindern.

Inzwischen hat eine unermüdete und energische Agitation der Sozialdemokratie eingeleitet, um für den Staat noch zu retten, was zu retten ist. Diese Aufklärungsarbeit blieb nicht erfolglos. Es scheint, daß der gegenwärtige König, von dem Gedanken einer großen staatlichen Elektrizitätspolitik ergriffen worden ist; jedenfalls bemüht sich der Vertraute des Königs im Ministerium Hertling den staatlichen Ausbau des Waldensees nun endlich durchzuführen. Das formelle Mittel, durch das der Minister von Seiden die Möglichkeit erhalten soll, die Aufgabe in seine Hand zu bekommen, ist die Uebertragung des alten Waldenseekredits aus dem Etat der Verkehrsverwaltung auf den Etat des Innern. Darüber wird jetzt im Finanzausschuß verhandelt, und die formelle Schiebung hat das ganze Gebiet dieser Fragen wieder in Fluß gebracht. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Presse hatten die Zentrumsblätter ganz unverkennbar die Interessen des Privatkapitals vertreten. Das wurde zwar immer abgeleugnet, aber im Finanzausschuß hat man jetzt die Maske abgeworfen. In dem Kampf Seidlein gegen Seiden ist ein Teil des Zentrums offen auf die Seite des Verkehrsministers getreten und hat durch einen plötzlich eingebrachten Antrag die Lage zugleich verwirrt und geklärt; verwirrt insofern, als sechs Jahre nach dem Beschluß des Waldenseewerks der Beschluß der Ausführung ausgesetzt werden soll; geklärt, weil durch diesen Antrag ganz offenbar wird, daß das Zentrum, mit dem auch ein Teil der Liberalen zusammengeht, als Sachwalter des Privatkapitals gegen die Lebensinteressen des Staates und der Allgemeinheit wirkt. Dieser Antrag des

Bezirksamtmanns Einhauser, der von dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion unterstützt wird, fordert, daß die Regierung zunächst einmal versucht, mit Gemeinden und Ueberlandzentralen Verhandlungen einzuleiten, die bewecken sollen, den Waldensee als gemischt wirtschaftliches Unternehmen auszubauen. Das gemischt wirtschaftliche Unternehmen, die Beteiligung des Staates und der Gemeinden an privatkapitalistischen Gründungen, ist aber die gemeingefährlichste Form kapitalistischer Raubpolitik. Das Privatkapital saugt auf diese Weise die öffentlichen Mittel des Staates und der Gemeinde aus, vermindert für sich das finanzielle Risiko, und indem es scheinbar Staat und Gemeinden den entscheidenden Einfluß auf das gemeinsame Unternehmen und auch einen vorteilhaften Anteil am Gewinn überläßt, wird es in Wahrheit mit geringerem Aufwand persönlicher Opfer zum unumschränkten Herren der Produktion, der mit den bürokratischen Kompagnons seinen Spott treibt und die Konsumenten schamlos ausbeutet.

Zu dieser Szene ist die bayerische Elektrotrogodie jetzt gelangt. Welchen Ausgang sie nimmt, ist ungewiß. Man möchte aber immer noch hoffen, daß sie schließlich eine Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung zusammenfindet, die die vollständige Auslieferung des nationalen Reichtums an das Privatkapital verhindert, die dann freilich auch entschlossen sein müßte, den Kampf gegen den Reichsrat mit allen Mitteln aufzunehmen und durchzuführen.

Das aber ist der Patriotismus der Staatsverfallenden: den Staat als Werkzeug und als Opfer des privaten Profits auszuhöheln.

Die Männer, die derart unangesehnt wirtschaftlichen Hochverrat gegen den Staat treiben, verstoßen gegen keinen Paragraphen des Strafgesetzbuches, im Gegenteil, sie setzen unter der Last ihrer Würden und Orden, die angeheben, eblen, hochherzigen Vorbilder vaterländischer Gesinnung. Wie harmlos ist neben diesen Reichsräten des Großkapitals dieser losig lodende Landtagsabgeordnete Abrech, der es mit Hilfe seiner männlichen Unwiderstehlichkeit in wenigen Jahren von einem Bureauassistenten zu einem Mann gebracht hat, von dem niemand weiß, wieviel Millionen er — nicht besitzt. Der bescheidene Heiratsprokurant, der durch eindringliche Uebermächtigkeit des ewig Weiblichen zugleich die paar hundert Mark eines mit einem Sparschaffensbüchlein gelegneten Dienstnähchens an sich bringt, ist in diesem bayerischen Parlamentarier ins Ueberlebensgroße stilisiert worden. Das mindeste, wozu er seine männlichen Reize hergibt sind zwei Millionen. Es ist unerheblich, ob Herr Abrech in seinen papierernen Unternehmungen, die auf dem soliden Grunde der Erott ruhen, irgend eine Strafbestimmung verlernt hat oder nicht. Er hat genügend zahlreiche Rechtsanwältinnen um sich, die dafür sorgen, daß seine glückliche Hand das Justizhaus eben nur streift. Der Kapitalist erscheint hier als Materialisationsphänomen. Herr Abrech beschwört ein geeignetes Medium und aus dem Nichts einer jurinamischen Erbschaft wird wahr und wahrhaftig eine körperlich-greifbare Million. Als der schöne Eugen aus dem Mannheimer Gefängnis entlassen wurde, haben ihm seine Neustädter Wähler einen begeisterten Fadelzug gebracht, wie einem Sieger, der aus gefährlicher Schlacht heimgekehrt. Der Kerne-Hericht, der Pfälzer Kirnefönig, hat die Unverletzlichkeit seiner Majestät bewiesen, warum sollten ihm seine Mitbürger nicht huldigen? Er nimmt ja das Geld nur denen, die es in Hülle und Fülle haben, und leitet es in die Hände derer, die nichts haben. Es ist für Neustadt sicher besser, daß mit Hilfe des Herrn Abrech dort die Millionen unter die Leute kommen, als in Mannheim, wo sie ursprünglich vorhanden waren, aufgespeidert zu werden. Und Eugen Abrech läßt sich nicht lumpen. Wie er seine ästhetischen Vorzüge nicht unter zwei Millionen bewertet, so gibt er auch wieder keine Trinkgelder unter zwei Mark. Er lebt und läßt leben. Kurz, man muß ihn lieben. Herr Abrech weiß Herzen zu gewinnen, durch männliche Schönheit die einen, durch freigebige Spenden die andern.

Nur soll man keine Bergwerke und keine Anteilseine an Bergwerken von Eugen Abrech kaufen. Das ist nämlich neben der Cession von jurinamischen Erbschaften das Hauptgeschäft der „Fraktion Abrech“ gewesen. Er kaufte Bergwerke zusammen, die alle möglichen Vorzüge haben mögen, nur keinen verwertbaren Inhalt. Er streckte seine Leute in romantische Bergknappenkostüme, und diese verführten dann ebenso sachverständig wie treuherrig, wenn Kaufliebhaber kamen, die sich ein Abrech'sches Bergwerk anzueignen wünschten, was da alles aus der Tiefe herauszuholen wäre, wenn man nur noch etwas Geld hineinsteckte. Auch auf diesem Gebiete verläßt sich Abrech auf die Macht der Liebe. Da war zum Beispiel ein kleiner Bürger, der ein Vermögen von hunderttausend Mark hatte. Dem naht sich ein Mann, der ihm verrät, daß ein junges, schönes und auch sonst begehrenswertes Mädchen nicht abgeneigt wäre, ihm ihre Hand zu geben. Der Bürger wird höchst angetan. Aber der andere spricht nun von den Schwierigkeiten: die Eltern des Mädchens hätten die Laune, ihre Tochter nur einem Manne zu geben, der irgend einen Titel vor seinen Namen zu setzen hat. Der gänzlich titellose Bürger wird kleinlaut: wie soll er das anfangen,

er habe doch nichts als eben seinen Namen. Der Freund weiß Rat. Wenn er sich Bergwerksbesitzer nennen könnte, so würde das schon genügen. Ich habe doch aber kein Bergwerk, seufzt der Bürger. Der willige Helfer denkt nach: o, das ginge zu machen. Er könnte ihm so ein billiges kleines Bergwerk verschaffen. Der Bürger ist erfreut, schließt den Handel ab, gibt seine hunderttausend Mark her und erhält dafür — ein Abrech'sches Bergwerk, dessen Schätze man mit einem einzigen Eimer beben kann. Nun ist er Bergwerksbesitzer, aber von der Braut ist nicht mehr die Rede.

So sind die Komödien des Kapitalismus.

Das Koalitionsrecht in Deutschland.

Das Gesehrei der Reaktionäre aller Schattierungen über den angeblichen Mißbrauch des Koalitionsrechts der Arbeiter in den Gewerkschaften hat der Generalkommission der Gewerkschaften Anlaß gegeben, in einer Schrift: „Das Koalitionsrecht in Deutschland“ das auf diesem Gebiete gesammelte Material in interessanter Gegenüberstellung einzelner typischer Fälle vorzuführen. Die Schrift hat einen stattlichen Umfang erlangt, ohne dabei den Anspruch erheben zu können, erschöpfend das Thema erörtert zu haben. Es konnte nur aus der Zahl der vorliegenden Gerichtsentscheidungen, die der Verfasser der Schrift, Gen. S. Nestriepke, geordnet nach ihrem Sachinhalt wiedergibt, ein kleiner Teil zur Geltung kommen. Dabei nimmt der Verfasser nur die letzten zwölf Jahre unter die Lupe kritischer Betrachtung. Für die vor 1900 zurückliegende Zeit verweist er auf die aus einem ähnlichen Anlaß damals von dem Vorsitzenden der Generalkommission G. Regien herausgegebene Schrift: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis“.

Man kann sagen, daß sich in diesen zwölf Jahren die Rechtsprechung im arbeiterfeindlichen Sinne stark entwickelt hat. Die Rechtsprechung hat sich bemüht, aus den vorhandenen Gesetzen heraus immer enger die Fessel für die Betätigung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete zu ziehen. Wenn man dem Verlangen der Unternehmerverbände auf strengere Bestrafung der Arbeiter bei Streikvergehen, Verbot des Streikpostens, Sündering der Werbetätigkeit für die Organisation, die große Zahl der außerordentlich harten Gerichtsurteile gegenüberstellt, so muß man über die unerhörte Rücksichtslosigkeit erstaunt sein, mit der noch eine weitere Steigerung dieser arbeiterfeindlichen Tendenz in der Rechtsprechung und Gesetzgebung gefordert wird. Deutlich zeigt dieser Vorgang wieder den gewaltigen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Ein Gegensatz, in dem die wirtschaftlichen Machthaber gegenüber den materiellen Interessen alle humanitären Rücksichten zum Schweigen bringen. Dabei hat der Verfasser der Schrift durchaus nicht einseitig nur die Urteile zusammengestellt und kritisch besprochen, die ganz offenbar eine einseitige Stellung gegen die Arbeiter zum Ausdruck bringen, sondern er hat auch die Entscheidungen zitiert, die den Anschauungen in Arbeiterkreisen und der sozialen Stellung der Arbeiter gerecht werden. Diese Gegenüberstellung ist nicht uninteressant insofern, als sehr bald solche durchaus objektiven Urteile, die hier und da von einem Schöffengericht oder Landgericht gefällt werden, vom Oberlandesgericht oder Reichsgericht eine Rembour erfahren, wie dann auch wieder in der Rechtsprechung des Reichsgerichts solche Schwankungen in der Tendenz sehr leicht sich nachweisen lassen.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird mit Recht in der Schrift im Hinblick auf die Bestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung als eine Beengung der freien wirtschaftlichen Betätigung der Arbeiter erachtet. Was bleibt von diesem Recht noch übrig, wenn wir uns die Mittel der Unternehmerorganisationen, die hier im einzelnen aufgezählt werden, vergegenwärtigen, um die Organisation der Arbeiter zu bekämpfen. Das Kapitel darf mit zu den interessantesten gerechnet werden, die die Schrift enthält. Es werden hier an der Hand eines authentischen Materials alle die vielfachen Mittel aufgeführt, die von den Scharfmachern zur Bekämpfung der Gewerkschaftsorganisationen benützt werden. Es wird die Invalidentafel als eine Legitimation benützt, um den Arbeiter, der aus dem Streikgebiet kommt, die Einstellung zu verweigern; die Znung versteht ihre Arbeiter mit dem sogenannten Verbandsbuch, das nichts anderes ist, als die offene Führung einer schwarzen Liste, und die Arbeitsnachweise werden zu Maßregelungsbureaus. Zahlreich sind die angeführten Maßnahmen über den Zwang, den Austritt aus der Gewerkschaft zu verlangen, um andererseits den Eintritt in die gelben Werkvereine zu erzwingen. Kein Mittel wird unberührt gelassen, dieses Ziel zu erreichen. Aber nicht nur die privaten Unternehmer, auch der Staat stellt eine gleiche Zumutung an die in seinen Betrieben Beschäftigten. Auch hier ist das Verbleiben auf der Arbeits-

*) Durch die Buchhandlung des Vorwärts, Berlin SW, Lindenstraße 60, zu beziehen. Preis 1 M.

Advertisement text on the left margin, including 'Anzüge', 'Haus', 'Kaufmann', etc.

hätte verknüpft mit dem Verlangen: Austritt aus der Organisation. Dabei spielt oftmals die Tendenz der Organisation eine untergeordnete Rolle. Man sieht überhaupt in diesen Unternehmungen eine scharfe abweisende Stellungnahme gegen alle Organisationen der Arbeiter, sofern sie nur aus dem Rahmen eines patriotischen Vergnügungsvereins heraustreten.

In der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung werden sicherlich die verflochtenen zwölf Jahre, die eine so große Zahl von Tendenzprozessen aufweisen, keine untergeordnete Rolle spielen, sie sind schwere Leidensjahre in der Verfolgung und Achtung gewerkschaftlicher Bestrebungen. Die harten Urteile, die oft wegen ganz unbedeutender Vergehen bei Streiks ausgesprochen werden, wirken in ihrer Begründung, die hier im Wortlaut nach den schriftlichen Urteilen wiedergegeben werden, wie eine Aufreizung gegen die kapitalistische Herrschaft. Eng in Verbindung damit steht dann wiederum die Uebertreibung der vollständig verlogenen Mitteilungen in der bürgerlichen Presse über angebliche Streikvergehen. Auch hier ist eine sehr hübsche Zusammenstellung gegeben, die uns zeigt, wie welchen skrupellosen Mitteln gegen die Gewerkschaften gekämpft wird, ohne daß solche Verleumdungen trotz aller unzweifelhaften Richtigstellungen aufhören, die Kunde durch die bürgerliche Presse zu machen. Zu der Seite der bürgerlichen Presse und des Reichsländerverbandes gesellen sich dann leider die Angriffe der gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen, die mit Neid auf die starke Entwicklung der freien Gewerkschaften blicken.

Unter dem Reichsvereinsgesetz ist die Klage über die Handhabung dieses Gesetzes nicht verstummt. Die Verurteilung der Gerichte, besonders in Preußen, die Gewerkschaften als politische Vereine mit allen ausgesuchten Schwierigkeiten zu belästigen, treiben die sonderbarsten Blüten. Immer wieder wird der Versuch unternommen, in scharfsinniger juristischer Spitzfindigkeit auszutilfeln, was als politische Betätigung eines Vereins zu erachten ist. Natürlich werden diese Bemühungen nur angeestellt, um den freien Gewerkschaften das Leben sauer zu machen, Unternehmerorganisationen und selbst andere Mächtigungen der Gewerkschaften haben sich über die Aufmerksamkeit der Justiz nicht zu beklagen. Es ist natürlich nicht möglich, auf das sehr umfangreiche Material, das die Schrift bietet, hier im einzelnen einzugehen. Es wird aber allen, die in der Arbeiterbewegung tätig sind, als ein gutes Nachschlagewerk dienen können und eine treffliche Information über die verfahrensmäßigen Wege der Rechtsprechung. Nicht eine Beengung des Koalitionsrechts, sondern eine Erweiterung der Rechte und Sicherstellung des Koalitionsrechts gegen die Angriffe mächtiger wirtschaftlicher Interessengruppen muß die Aufgabe der Gesetzgebung sein. Vor allem fehlt den großen Berufsschichten wie Landarbeitern und Diensthöfen vollständig das Koalitionsrecht. Hier müßte erst einmal die Gesetzgebung einsehen, um das so wichtige Recht der freien Koalition auch für diese Berufsschichten sicherzustellen.

Die Gewerkschaften werden die Gefahren zu würdigen wissen, die ihnen aus dem reaktionären Anschlag erwachsen, sie werden sich auch nicht in Sicherheit wiegen lassen durch die bisher ablehnende Haltung des Reichstags zu den von konservativer Seite geforderten Unterdrückungsmassregeln, sondern sie müssen alle Kräfte für die Abwehr einsetzen. Die Bewegungsfreiheit für die Arbeiter muß erst erkämpft werden, nicht Rückschritt, sondern Fortentwicklung des Koalitionsrechts muß es heißen!

Deutsche Politik.

Verdorbenen Appetit zum „Nysseessen“.

Ein amüsante Vorgang wird aus dem Industriestädtchen Großschönau berichtet, das im Wahlkreise Borna-Bergau liegt, wo am Donnerstag Genosse Nysse einen so glänzenden Sieg über den Reichsverbandsgeneral v. Liebert davon getragen hat. Die Konservativen in Großschönau glaubten so bestimmt an den Sieg Lieberts, daß sie in ihrem Stammlokal ein Schweinefleischachten mit „Nysseessen“ für den Abend des Stichwahltages

Jonas Angermann.

Erzählung von Rudvig Nordström.

Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Das Fischen war zu Ende, und Angermann war mit dem Großboot des Rofsen an Land gefegelt, und die Ladung war sein eigener Strömungsfang und der des Alten Johannas und ihres Bruders, und der Bruder war mit im Boot als Hilfe und Sicherheit und Kontrolle.

Die Tage gingen. Eines Abends sah man Rauch über dem Wald, die Sonne sank, die Bucht lag wie ein Spiegel, und die Fische meckerten in den Hütungen.

„Was kann da im Wald brennen?“ fragten die Fischer.

„Wohl der Kirchspiellappe; der hat ...“

„Oh, sieh bloß ...“

„Manu?“

„Sieh bloß, ein Dampfer!“

Ein großes Dampfgeschiff bog langsam um die Landspitze in die Bucht ein und hielt mitten vor der Schuppenreihe. Der Anker fiel rasselnd und klirrend, und an der Seite öffnete sich eine Pforte; aus derselben kamen Hannes Degren und Jonas Angermann und sprangen in das Großboot des alten Degren, das sie am Schlepptau gehabt. Auch der Schiffer war mit im Boot. Am Strand war jetzt das ganze Dorf versammelt.

„Schön guten Tag!“ grüßte der Schiffer. „Habt Ihr Strömung zu verkaufen?“

„Ja, das kann schon sein!“ brummen die Fischer.

„Ich brauche zwanzig Fässer!“ sagte der Schiffer.

„Was wollt Ihr dafür haben?“

„Ja, er könnte ja mal selber bieten, meinten die Fischer.“

„Ich biet dreißigzwanzig Taler für Kopffströmung und sechsundzwanzig Taler für Fische ohne Kopf!“ sagte der Schiffer.

Die Fischer standen mit offenem Mund. Das war ein Preis.

vorbereiten ließen, und dazu durch das Amtsblatt öffentlich einladen. Als dann aber die Niederlage Lieberts bekannt wurde, ließen die Konservativen die delikaten Schweineessen und die anderen appetitlichen Sachen stehen und verschwanden im Dunkel der Nacht unter allerlei Verwünschungen. Zur Freude des Wirtes erbarmten sich dann Liberale und Sozialdemokraten und hielten das „Nysseessen“ ab, für das den Konservativen der Appetit so gründlich verdorben worden ist.

Im Wahlkreise Stendal-Osterburg

haben die Nationalliberalen den Landtagsabgeordneten Wachhorst de Wente als Reichstagskandidaten aufgestellt.

Das Reichsschatzamt gibt nichts wieder heraus.

Da das Ergebnis über den Wehrbeitrag höher, als erwartet werden konnte, sein wird, so werden im bürgerlichen Lager Stimmen laut, die eine Herabsetzung des Wehrbeitrages fordern. Hiergegen wenden sich scheinbar im Auftrag des Reichsschatzamtes ganz entschieden die „Berliner Politischen Nachrichten“. Im übrigen kündigt die Korrespondenz an, daß das endgültige Ergebnis vor September nicht zu erreichen sein wird. Eine annähernde Schätzung werde allerdings im April erfolgen können.

Die Einschätzung zum Wehrbeitrag hat für die Stadt Braunschwieg ein Mehrvermögen von 50 bis 60 Millionen Mark ergeben.

Die „lästige Ausländerin“.

Den Ausweisungsbefehl erhielt in Berlin die in Breslau geborene Frau Erna Varcinschen, die Tochter eines dort noch im Dienst befindlichen Beamten, die sich im Jahre 1906 mit dem in Rußland gebürtigen Kaufmann Varcinschen verheiratet hat. Dieser war im Alter von sechs Monaten nach Deutschland gekommen und hat 41 Jahre seines Lebens hier zugebracht. Da er es verabsäumt hatte, sich naturalisieren zu lassen, so ist er russischer Staatsangehöriger geblieben, trotzdem er seit seinem Kindesalter Deutschland nicht verlassen hat und auch kein Wort Russisch versteht. Durch Eingebung der Ehe mit V. wurde seine Frau ebenfalls „Ausländerin“. Da ihr Mann im vorigen Jahre mit den Strafgesetzen in Konflikt kam und flüchtig wurde, so erhielt jetzt die Frau die Aufforderung, bis zum 1. April das Landesgebiet zu verlassen, andernfalls sie per Schuß über die Grenze gebracht würde. Zu bemerken ist, daß die Frau nebst ihren Kindern von ihren Angehörigen unterstützt wird und die Armenpflege nicht in Anspruch genommen hat. — Das Justizministerium beschäftigt sich jetzt mit diesem Vorgehen der Berliner Polizei.

Aus dem Zentrumslager.

Die beiden Zentrumskämpen Dr. Heim und Dr. Richter werden sich demnächst wohl vor Gericht begreifen. In dem alten Streit zwischen beiden gibt Dr. Heim dem Wassauer Komprobi folgende Worte zu schlucken:

„Herr Dr. Richter erinnert sich vielleicht der Wichtigkeit des Sages, daß man sehr kurz Unwahrheiten, Entstellungen, Verdrehungen und Verleumdungen aussprechen kann, daß man diese Unwahrheiten, Entstellungen, Verdrehungen und Verleumdungen aber nicht so kurz widerlegen kann. Damit glaube ich Herrn Dr. Richter Gelegenheit gegeben zu haben, die Preshdette zu beendigen und die Wahrheit auf anderem Wege feststellen zu lassen.“

Dr. Richter wird nicht umhin können, dem Zentrumsbruder die Antwort vor dem Kabi zu geben.

Soldatenprämien.

Familien, von denen eheliche oder den ehelichen gleichstehende Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheere, in der Marine oder in den Schutztruppen als Unteroffiziere oder Gemeine eine Gesamtdienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt haben, erhalten bekanntlich auf Verlangen Aufwandsentschädigungen in Höhe von 240 Mk. jährlich für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht ge-

nügenden Sohnes in denselben Dienstgraden. Auf die Aufwandsentschädigungen haben Anspruch die Eltern, falls solche nicht mehr vorhanden sind, die Großeltern. Der Anspruch auf Aufwandsentschädigungen ist bei der Gemeindebehörde desjenigen Ortes, in dem der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, innerhalb vier Wochen nach Eintritt des Sohnes, dessen Militärdienst den Entschädigungsanspruch, begründet, anzumelden. Die Geltendmachung des Anspruches ist nach Ablauf von sechs Monaten nach der Entlassung oder dem Tode des betreffenden Sohnes ausgeschlossen. Die Aufwandsentschädigungen sind erstmalig für die Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 31. März 1914 zu zahlen. Die Berechtigten haben also ihre Ansprüche bei der Gemeindebehörde ihres Aufenthaltsortes schleunigst anzumelden.

Ausland.

Schweiz.

Ein agrarischer Sieg. Mit 116 gegen 46 Stimmen hat der schweizerische Nationalrat in namentlicher Abstimmung beschlossen, den Zoll auf argentinisches Gefrierfleisch auf 20 Franken per Zentner zu erhöhen. Zu dieser Erhöhung mußte der unfürliche Beschluß gefaßt werden, ganze Schöfen mit Knochen, Häuten und Köpfe aus Konserve zu deklarieren. Dieser Zoll bedeutet eine Verteuerung des Gefrierfleisches um 24 A Krone des Wertes desselben. Dies ist ein Wunderzoll ersten Ranges gegen den Wucherer außer den Sozialdemokraten und die bürgerlichen Städtevertreter.

Frankreich.

In der staatlichen Tabakmanufaktur in Roneh (Frankreich) legten alle 1100 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder um die Wiedereinstellung von drei gemalogelten Kollegen zu erzwingen.

In Paris treten 400 Arbeiter und Arbeiterinnen eines guten Pelzgeschäftes in den Streik, weil man nach Einführung neuer Maschinen eine bedeutend höhere Produktion und Intensivität der Arbeit verlangte bei alten Löhnen und gehnständiger Arbeitszeit.

England.

Ein Stillstand des gesamten Verkehrs und der Industrie, soweit er von der Elektrizität abhängig ist, wird für die nächste Woche in London befürchtet, da die Unternehmerorganisation die Forderungen der Elektriker usw. entschieden abgelehnt hat; besonders folgenschwer dürfte eine Betriebs Einstellung der Untergundbahnen werden. Beide Teile, Unternehmer und Arbeiter, sind in der elektrischen Industrie gut organisiert.

Eine Konferenz von Vertretern der englischen Gewerkschaften des Transportgewerbes und ungelerneter Berufe, die zusammen rund 400 000 Mitglieder zählen, beschloß im Prinzip den Zusammenschluß. Ein detaillierter Versammlungsvorschlag wird allen Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt werden.

Spanien.

In der spanischen Provinz Catalonien dehnt sich der Verteilungsstreik immer mehr aus. Die Regierung, die erst im Vorjahre einen gleichen Streik durch die Besetzung des Bahnunternehmens beendet, wendet sich jetzt gegen die Arbeiter; die endlich die Durchführung der versprochenen Reform fordern. Obendrein überflutet sie das Streikgebiet mit Militär.

Badische Politik.

Zu den Änderungen im Unterrichtsministerium.

Zu den wichtigen Veränderungen im badischen Unterrichtsministerium bemerkt die „Badische Schulzeitung“, daß der aus dem Amt scheidende Staatsrat Dr. v. Sallwürf der eigentliche Leiter des höheren Schulwesens und einer der hervorragendsten Schulmänner Badens war, der auch in der pädagogischen Welt durch seine schriftstellerische Tätigkeit großes Ansehen genoß. Herr von Sallwürf, so schreibt die „Badische Schulzeitung“, war wohl mehr Gelehrter als praktischer Schulpolitiker; er hatte aber ein warmes Herz und stets ein freundliches Wort für seine Untergebenen. Möge sein Lebensabend, nach schwerer, aber auch reich gesegneter Arbeit sonntag sein! Sein Name bleibt im treuen Gedenden.

„Sagtest du was?“ fragte der Lofse.

„Dä, dä,“ sagte Angermann. „Es wird euch hier im Hafen doch wohl recht sein, wenn ihr Geld verdient, mein ich.“

Alle sahen ihn an; denn es war keine Spur von Nechtheit zwischen der Stimme, die jetzt redete, und jener, die vorher ihr: „Ja, ich bin ...“ gebrüllt hatte, und es wurde ganz still.

Nach einer Weile steckte doch der Alte die Fühlfärner aus.

„Ja, Geldverdienen kann einem schon recht sein, aber hier im Hafen hat einer nie was gehabt, wo sich was mit verdienen läßt.“

„Dä, dä!“ glückte Angermann, und der Baum, der während seiner Lehrzeit in der Stadt gepflanzt war, trug jetzt plötzlich Blüten. Es kam ein langer Bericht, wie eine neue Zeit hereingebrochen sei.

„Habt ihr den Dampfer gesehen?“ sagte er. „Er geht auf Stockholm, und er ist voll von Raab und Strömung und Geflügel und Fleisch und Weinwand vom Lande, und von Brettern und allem, was es sonst noch gibt.“

„Ja, kann einer sich so was denken!“ unterbrach ihn der Alte, dem es schwer wurde, zu folgen.

„Am Fesland fahren sie ihre Fuhrren bis nach Stockholm hinunter!“ fuhr Angermann fort. „Und wo bleibt Euer Strömung? Glaub ich, daß sie all Euren Strömung auf dem Hafenmarkt in Nitra aufessen? Glaub ich, die Bauern können allen Strömung aus der See allein aufessen? Aee, daß! Oder der Kaufmann könnt ihn aufessen? Aee, daß! Er verkauft ihn weiter. Jetzt bietet der Kapitän dreißigzwanzig Taler für Kopffströmung und sechsundzwanzig für ohne Kopf, aber auf dem Markt kriegt Ihr knapp achtzehn Taler für Kopffströmung und zwanzig für ohne Kopf. Und glaubt Ihr, der Kapitän verkauft für denselben Preis, den er bezahlt hat? Im Leben nicht!“

„Was meinst du denn eigentlich damit, Angermann?“ fragte Johanna eifrig.

„Ach mein, was ich mein!“ sagte Angermann und lächelte.

(Fortf. folgt.)

Wollt da...
Bemerkung...
Schulver...
ektor f...
immerh...
auf der...
seiner...
anfer...
schief...
Unterri...
Zegen

Das...
in § 3...
Grundb...
die Zul...
eingeb...
dem von...
punkt d...
buch, d...
und der...
ten, so...
Interess...
Zuständ...
buchbear...
buch, de...
zu begl...
Grundb...
soweit i...
des Jen...
beamtet...
Stadtra...
sonder...
werden.

Die Gr...
hat, so...
kelligen...
Jahre f...
den stat...
Som m...
abermal...
den Sta...
So d e r...
S a m b...
s a l t e...
m a n n...
K a h n...
H e r r...
D a r t e...
Meinun...
Schließ...
entwief...
Verlauf...
mobilis...
Bort ge...
mer zur...
Bahnpr...
Anbetr...
einer E...

„M...
Die...
aus ge...
leben...
über G...
Lidung...
zusam...
sch en...
schid...
ruffid...
Ja...
selben...
viele...
Stimm...
Dogg...
mat...
Auch...
sich...
Ja...
Gaul...
des Au...
der Po...
kommi...
Wacht...
Im...
mies...
dampf...
mehr...
las...
Das...
leit...
lung...
Neub...
Ja...
weiter...
Enbli...
tes, ge...
doch...
durch...
aber...
sehen...
gefange...
Ich...
nimmt...
In...
lassen.

Die...
aus ge...
leben...
über G...
Lidung...
zusam...
sch en...
schid...
ruffid...
Ja...
selben...
viele...
Stimm...
Dogg...
mat...
Auch...
sich...
Ja...
Gaul...
des Au...
der Po...
kommi...
Wacht...
Im...
mies...
dampf...
mehr...
las...
Das...
leit...
lung...
Neub...
Ja...
weiter...
Enbli...
tes, ge...
doch...
durch...
aber...
sehen...
gefange...
Ich...
nimmt...
In...
lassen.

Die...
aus ge...
leben...
über G...
Lidung...
zusam...
sch en...
schid...
ruffid...
Ja...
selben...
viele...
Stimm...
Dogg...
mat...
Auch...
sich...
Ja...
Gaul...
des Au...
der Po...
kommi...
Wacht...
Im...
mies...
dampf...
mehr...
las...
Das...
leit...
lung...
Neub...
Ja...
weiter...
Enbli...
tes, ge...
doch...
durch...
aber...
sehen...
gefange...
Ich...
nimmt...
In...
lassen.

Die...
aus ge...
leben...
über G...
Lidung...
zusam...
sch en...
schid...
ruffid...
Ja...
selben...
viele...
Stimm...
Dogg...
mat...
Auch...
sich...
Ja...
Gaul...
des Au...
der Po...
kommi...
Wacht...
Im...
mies...
dampf...
mehr...
las...
Das...
leit...
lung...
Neub...
Ja...
weiter...
Enbli...
tes, ge...
doch...
durch...
aber...
sehen...
gefange...
Ich...
nimmt...
In...
lassen.

Die...
aus ge...
leben...
über G...
Lidung...
zusam...
sch en...
schid...
ruffid...
Ja...
selben...
viele...
Stimm...
Dogg...
mat...
Auch...
sich...
Ja...
Gaul...
des Au...
der Po...
kommi...
Wacht...
Im...
mies...
dampf...
mehr...
las...
Das...
leit...
lung...
Neub...
Ja...
weiter...
Enbli...
tes, ge...
doch...
durch...
aber...
sehen...
gefange...
Ich...
nimmt...
In...
lassen.

Von seinem Nachfolger, Geh. Rat Dr. Franz Schmidt hat das Organ des Badischen Lehrervereins: In dem ehemaligen Oberlehrertrakt galt Geh. Rat Dr. Schmidt als hervorragendste Arbeitskraft und bester Kenner der Volksschulverhältnisse in all ihren Teilen. Als Ministerialdirektor hat er weniger Beziehungen zu der Volksschule; immerhin wird und kann er einen wesentlichen Einfluß auf deren weitere Gestaltung ausüben. Möge er auch in seiner jetzigen Stellung für die freibeiwillige Entwicklung unseres Schulwesens nach alter Gepflogenheit der badischen Regierung seine Kraft einsetzen. Das Lehrerbild schließt mit dem Wunsche, daß die Veränderungen im Unterrichtsministerium dem badischen Schulwesen zum Segen gereichen möchten.

Änderungen im badischen Grundbuchwesen.

Das Ausführungsgesetz zu der Grundbuchordnung hat in § 3 folgende Ergänzung erfahren: Auf Vorschlag des Grundbuchamts kann der Stadtrat (Gemeinderat) Kanzeleibeamtete der Grundbuchamts in widerruflicher Weise die Zuständigkeit verleihen, die bei dem Grundbuchamt eingehenden schriftlichen Anträge anzunehmen und sie mit dem vorgeschriebenen genauen Vermerk über den Zeitpunkt des Eingangs zu versehen, die Einsicht des Grundbuchs, der Urkunden, auf die darin Bezug genommen ist, und der noch nicht erledigten Eintragsanträge zu gestatten, sofern hierbei nicht die Frage nach einem berechtigten Interesse der Antragsteller zu prüfen ist. Ferner kann die Zuständigkeit dahin gehen, nach Anweisung des Grundbuchamts Abschriften und Auszüge aus dem Grundbuch, dem Lagerbuch und den Grundakten zu erteilen und zu beglaubigen, sowie Zeugnisse über den Inhalt des Grundbuchs auszustellen. Ferner kann der Antragsteller, soweit die Kanzeleibeamteten zuständig sind, die Erteilung des Zeugnisses oder des Auszugs durch den Grundbuchbeamten verlangen. Den Kanzeleibeamteten kann die vom Stadtrat (Gemeinderat) verliehene Zuständigkeit aus besonderen Gründen vom Justizministerium entzogen werden.

Die Erbauung einer Vollbahn Rheinau-Keßch-Hodenheim-Bruchsal

hat, so wird uns geschrieben, schon seit Monaten die beteiligten Gemeinden beschäftigt. Bereits im vorigen Jahre fand in Waaghäusel eine Konferenz der Gemeinden statt. Zur Erledigung der Vorarbeiten wurde eine Kommission gebildet. Am letzten Samstag fand abermals in Waaghäusel eine Konferenz statt, die über den Stand der Vorarbeiten berichtete. An derselben nahmen die Gemeindevertreter von Brühl, Keßch, Hodenheim, Keilingen, Kirrbach, St. Leon, Hambrücken, Wiesenthal, Forst und Bruchsal teil, ferner die Landtagsabgeordneten Wiedemann-Bruchsal, Ziegelmair-Kangenbrücken und Kuhn-Schwellingen. Der Vorsitzende der Kommission, Herr Stadtrat Dr. Duttenhöfer-Bruchsal, gab eine Darstellung über den Stand der Bahnfrage, die nach seiner Meinung erhebliche Schwierigkeiten zu bestehen habe. Anschließend fand eine sehr rege Aussprache statt, die von den anwesenden Abgeordneten eröffnet wurde. Im weiteren Verlaufe wurde auch zu der Frage einer staatlichen Automobillinie, sowie einer elektrischen Bahnverbindung das Wort genommen. Jedoch war die Mehrheit der Teilnehmer zur Ansicht gelangt, daß das nunmehr vorgeschlagene Bahnprojekt ernstlich weiter verfolgt werden solle. In Anbetracht der schon vorgeschrittenen Zeit nahm man von einer Einreichung einer Petition an den jetzigen Landtag

zugunsten des Bahnprojekts Abstand. Dagegen soll zur Landtagsperiode 1915/16 rechtzeitig eine Petition eingereicht werden. Damit waren die Beratungen beendet und Herr Stadtrat Dr. Duttenhöfer schloß mit den üblichen Dankesworten die Konferenz.

Eine bemerkenswerte Mitteilung.

In seiner Rede zum Vorschlag der Zoll- und Steuerverwaltung wies Genosse Weber darauf hin, daß die Arbeiter nach ihrem Lohnverkommen aus der Lohnliste in der Steuer veranlagt werden. Da es in manchen Fabriken Gebrauch ist, daß die Arbeiter ihr Werkzeuge selbst bezahlen müssen, wird ihnen der Betrag der Werkzeuge vom Lohn abgezogen; ohne daß jedoch bei der Steuerverwaltung dieser Betrag ebenfalls abgezogen werde. Genosse Weber meinte nun, daß solche Abzüge vom Lohn, die direkt mit der Arbeitstätigkeit im Betrieb in Verbindung stehen, zur Steuer nicht herangezogen werden dürfen, also beim Einkommen in Abzug zu bringen sind und hat die Regierung hierüber um eine bestimmte Erklärung.

Die hierauf von Staatsrat Seubert gegebene Erklärung in der 56. Sitzung der 2. Kammer ist daher für zahlreiche Arbeiter von großem Wert. Der Regierungsvertreter teilte nämlich mit, daß es sachlich nicht richtig wäre, einen Arbeiter sein volles Arbeitseinkommen versteuern zu lassen, ihm aber nicht zu gestatten, daß er die Kosten für die Herrichtung seiner Werkzeuge daran abzieht. Dieser Abzug der Kosten für die Unterhaltung seiner Werkzeuge ist vollständig gerechtfertigt. Wenn ein Arbeiter einen solchen Abzug verlangt, so muß ihm entsprochen werden, und wenn irgendwo ein Schatzungsrat aus nicht zureichender Beurteilung der Sache oder Rechtslage einen solchen Antrag des Arbeiters nicht entspricht, so bleibt ihm der Beschwerdeweg.

Gewerkschaftliches.

* Wie es gemacht wird. Bekanntlich hat vor einigen Monaten der Verband Württembergischer Metallindustrieller um einen „dringenden Bedürfnis“ abzuwehren, einen eigenen Arbeitsnachweis in das Leben zu rufen. Derselbe erfreut sich nun nicht nur bei den Arbeitern seiner Beliebtheit, sondern auch im Stadtparlament wurden Stimmen aus dem bürgerlichen Lager laut, die das Vorgehen der Metallindustriellen verurteilten. Es ist nun nichts natürlicher, als wie das, daß die Metallindustriellen die Bedürfnisfrage für ihren Nachweis der Öffentlichkeit „beweisen“ wollen. Sie scheinen sich aber dazu recht eigenartiger Mittel, um keinen anderen Ausdruck zu wählen, zu bedienen. Auf dem Wege der verdeckten Zeitungsannoncen werden in allen möglichen Zeitungen — meistens außerhalb Stuttgarts — Metallarbeiter gesucht. Anfragende, arbeitslose arme Teufel, die ihren letzten Groschen für eine Offerte opfern, erhalten dann vom Nachweis der Metallindustriellen die Mitteilung, daß zurzeit leider keine Beschäftigung vorhanden ist. Der Zweck der Werbung ist aber ersichtlich: Wenn der Monat um ist, dann kann man sagen, unser Nachweis ist und war eine Notwendigkeit. Wehe! die Werbungen Arbeitssuchender. Davon wird dann geschwiegen, daß wohl sicher 90 Prozent der von auswärts um Arbeit nachfragenden sich ihre 10 Pf. für die Anfrage gespart hätten, wenn sie genutzt hätten, wo er die Leute sucht. Nebenbei sei nur noch bemerkt und die Stadterwerbungen — die ja Arbeitslosenunterstützung einmündet haben, mögen das kommunal patriotische Wirken der Metallindustriellen daraus ersehen, daß, wenn wirklich einmal eine offene Stelle vorhanden ist, der einheimische Arbeitslose, der schon wochen- und oft monatelang ohne Arbeit ist, die Stelle nicht bekommt, sondern jemand, der ganz frisch zugereist ist. Spurens.

Kommunalpolitik.

Nachklänge von einer Stadtverordnetenwahl.

In Sagan wurde bei der letzten Stadtverordnetenwahl auf Antrag der Sozialdemokraten die für die Arbeiter ungünstig festgesetzte Wahlzeit abgeändert. Diese Änderung wurde aber nur in einem Teil der Presse bekannt gegeben. Hierdurch wurde eine große Verwirrung unter den Wählern hervorgerufen. Um einem Protestgrund vorzubeugen, beschloß der Magistratsrat die Verlegung der Wahl auf einen anderen Tag. Gewisse Begleitumstände erweckten aber unter der Wählerschaft den Anschein, als habe sich hier etwas hinter den Kulissen zugunsten der bürgerlichen Parteien, die mit ihren Kandidatenwahlen noch nicht im Reinen waren, abgespielt. Das sozialdemokratische Wahlkomitee veröffentlichte einen Aufruf, in dem auch diese Gedanken zum Ausdruck kamen. Obgleich nun der Bürgermeister Achilles in einer Stadtverordnetensitzung erklärte, die Veröffentlichung enthalte eine Beleidigung nicht und eine Strafverfolgung empfehle sich deshalb nicht, leitete doch die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren ein gegen die Genossen Feller und Rieger als Verfasser des Inzerates, ferner gegen den Redakteur Lemig vom liberalen „Saganer Tageblatt“ und gegen den Redakteur Lütz vom konservativen „Saganer Wochenblatt“, welche beiden Wähler das Inzerat aufgenommen hatten. Der Magistrat sollte bestraft worden sein. Die vier Angeklagten hatten sich vor der Strafkammer in Sagan zu verantworten und sie wurden auch zu je 150 Mk. Geldstrafe verurteilt.

* Schlechte Finanzen in Donaueschingen. In der letzten Bürgerausschusssitzung in Donaueschingen teilte Bürgermeister Schön die Gründe mit, welche zu der außerordentlichen Umlageerhöhung von 47 auf 60 Pfg. geführt haben. Diese Umlageerhöhung ist, wie in der Presse schon ausgeführt wurde, bedingt durch den Rückgang der Steuerkapitalien und eine Umlagerückvergütung von 26 000 Mk. an die fürstlich fürstbergische Ständeherrschaft. Ferner haben die Garnison, der vermehrte Bauaufwand und die Gehaltsaufbesserungen hiesiger Angestellten sehr beträchtliche Opfer erfordert. Der Zustand der städtischen Wäldungen erlaubt einen außerordentlichen Holztrieb nicht. Mit einer Umlage von 60 Pfg. marschiert Donaueschingen an der Spitze der mittleren Städte Badens.

* Vorschlagsberatung in Heidelberg. Der Bürgerausschuß von Heidelberg hat nach mehrwöchiger Debatte den städtischen Vorschlag mit einigen Änderungen angenommen. Der Umlagefuß beträgt wie seither 35 Pfg. U. a. wurden 3000 Mk. für die Arbeitslosenfürsorge genehmigt.

* Der Vorschlag der Stadt Lahr ist den Bürgerausschusssmitgliedern zugegangen. Wie verlautet, sollen auch die Vorschlagsberatungen noch vor Ostern durchgeführt werden. Die Höhe der Umlage ist auf 37 Pfg. vorgezogen. Voriges Jahr waren 36 Pfg. beantragt, dabei mußten schon 30 019 Mk. von den Ersparnissen früherer Jahre (goldene Zeit!) in den Vorschlag eingestellt werden, um die Einnahmen auf die Höhe der Ausgaben zu bringen. Der Bürgerausschuß genehmigte jedoch nur 2 Pfg. — man hatte die Wahllokalitäten mit diesem „Erfolge“ spiden wollen —, die Folge war ein aus den Rezerwen zu deckender Fehlbetrag von 61 193 Mk. Die Stadtkasse hatte jedoch einmal besonderes Glück, die Umlagenachträge überstiegen den Vorschlag ganz wesentlich, auch sonst wurden Ertrügnissen erzielt. Im vorliegenden Vorschlag erscheint aber der vorjährige Fehlbetrag von 61 000 Mk. wieder im vollen Umfang. Die Einnahmen werden sich ohne Erhöhung der Umlagen nicht vermehren, die Ausgaben aber unter allen Umständen ganz bedeutend erhöhen. Schulden sind zu tilgen und Anleihen zu verginzen, Schlachthausbetrieb, Straßen, Schulen, Beamten- und Lehrergehälter erfordern Mehrausgaben. Der Vorschlag hebt auch noch die Mehrbelastung hervor, die der Stadt durch Erhöhung der Löhne der Stadtarbeiter um 2 Pfg. pro Stunde entstanden ist, was ungefähr einen halben Pfennig Umlage ausmacht. Der Vorschlag folgt also dem Beispiel jener Leute, die jede Preis-erhöhung ihrer Produkte damit motivieren, daß die Arbeiterlöhne gestiegen sind.

„Mein Berliner Abenteuer.“

Der kürzlich in Berlin veröffentlichte Ver-
häftete und in einer allen Gesetzen eines
Kulturstaates höhnisprechenden Weise aus-
gewiesene russische Literaturhistoriker A.
Lunatscharff jendet vom glücklich errei-
chten belgischen Gebiet aus dem „N. Z.“
folgende Zuschrift:
Die Welt schreit fort. So dachte ich, als mir eines Tages
die Einladung des Vereins russischer Studenten Berlins ins
Haus gebracht wurde. Die Berliner Polizei genehmigte in der
lebenswichtigsten Weise zwei Vorträge in russischer Sprache
über Gorki und Verhaeren und hatte auch gegen die Veröffent-
lichung durch den Druck der diesbezüglichen Anzeigen nichts ein-
zuwenden. Solches geschah zwei Monate vor dem Tage, an dem
ich endlich in der Lage war, der freundlichen Aufforderung der
russischen Studenten Berlins nachzukommen.
Ich langte am 23. Februar in Berlin an und las noch am
selben Abend in einem großen Saale über Gorki. Ich hatte sehr
viele Zuhörer. Das Thema selbst brachte es mit sich, daß die
Stimmung bald warm wurde. Man sandte dem Dichter ein
Weggrüßungsgramm aus Anlaß seiner Rückkehr in die Heim-
at. Nach Schluß der Vorlesung fand eine Art Bankett statt.
Auch hier herrschte eine sehr warme, kameradschaftliche Stim-
mung. Man trennte sich in der frühesten Stunde und freute
sich auf das Wiedersehen am 25. bei meinem zweiten Vortrage.
Ich fand auch tatsächlich am 25. Februar in demselben großen
Saale eine überaus zahlreiche Zuhörerschaft vor. Bevor sich aber
das Auditorium gefüllt hatte, erschienen im Saale als Vertreter
der Polizei ein eleganter Herr, der sich später als Kriminal-
kommissar und Spezialist für „russische Sachen“ erwies, und ein
Wachmeister in Uniform.
Im Vestibül empfing mich ein typischer Beamter in Zivil,
wies mir irgendein Abzeichen vor und erklärte mich mit ge-
dämpfter Stimme für verhaftet. Kläglich standen noch
mehrere elegante Herren neben mir, wir bestiegen ein Auto und
los ging die Fahrt.
Das alles geschah mit einer solchen fabelhaften Geschwindig-
keit und Sicherheit, als handelte es sich um eine endlich ge-
lungene Festnahme eines lange vergeblich gesuchten fürchterlichen
Raubmörders.
Ich gebe meine Adresse an, man holt mein Gepäck ab und
weiter geht die Fahrt nach dem königlichen Polizeipräsidium.
Endlich hält das Automobil. Beklemmt Männer reifen ein we-
liches, gefängnisartiges Tor auf. Donnerwetter! Man will mich
doch nicht etwa in ein Gefängnis bringen? Aber nein. Wir
durchwandern lange Korridore, deren Türen zwar nummeriert,
aber auch mit den Namen verschiedener Regierungsräte ver-
sehen sind. Diese hohen Herren können doch unmöglich Jellen-
gefangene sein!
Ich werde einem summarischen Verhör unterworfen. Dann
nimmt man mir meine Briefschaften und andere Schriftstücke ab.
In einer anderen Kammer muß ich meine Uhr und mein Geld
lassen. Das bringt mir den Mythos von der Göttin Nixar in

den Sinn, die sich auch aller ihrer Habe entledigen mußte, bevor
sie die Hölle betreten durfte.
Wir steigen weiter hinab. Ein Tor. Darauf — nicht las-
sate ogni speranza (Laßt alle Hoffnung draußen — Inschrift
des Höllentores bei Dante), aber „königliches Polizeigefängnis“.
Ich protestiere lebhaft und erkläre, daß ich mich offiziell be-
schweren werde.
„Das können Sie morgen früh tun“, lautet der gleichmütige
Bescheid der Staatsgewalt.
Wir betreten das Verließ. Ein uniformierter Aufseher hält
mich an und kommandiert: „Alles hinein in den Hut!“
— Ich verstehe ihn nicht. Er erhebt herrlich seine Stimme. End-
lich begreife ich, was er will, und deponiere gehörig in meinen
Gut das Portemonnaie, den Kamm, den Wäschebeutel und die in
meiner Manteltasche zufällig zurückgelassenen winzigen Hand-
schuhe meines Schwagens. „Nixar legt das Letzte ab!“ ruft es
mir wieder durch den Sinn.
„Reider ablegen!“ kommandiert weiter der königlich
preussische Charon. Ich gehorche, und während ich mich des Man-
tels, des Rockes usw. entledige, untersucht Charon auf das ein-
gehendste meine Taschen.
„Stiefel herunter!“ kommandiert wieder der grimmige
Tartarowächter. Ich lege mein Schuhwerk und meine Kravatte
ab. Die Kravatte wird mir zurückgegeben. Ein Wid unglück-
liches Mißgeschick mit meinen geistigen Fähigkeiten begleitet die
Gebärde. — „Kann man denn auch in der Kravatte etwas ver-
bergen?“ fragt mich der königliche Tascheninspektor ironisch.
Ich darf mich wieder anfeinden. Man weist mir die Zelle
21 an. Sie ist dunkel. — „Hier ist es finstler“, sage ich. — „Um
so besser schläfst sich!“ lautet die Antwort.
Ich stoße mich in der schwarzen Finsternis blau und
taste mich schließlich, nach der Art Blindgeborener, einigermaßen
zurecht. Angeleitet strecke ich mich auf einer Art Freitische aus
und verfinke auch bald mit gutem Humor in den tiefen Schlaf
unschuldig verfolgter Tugend.
Am nächsten Morgen, bei Tageslicht, überzeuge ich mich, daß
die Zelle tatsächlich keinerlei Vorrichtung für künstliche Beleuch-
tung aufweist. Denen, die es angeht, aus ökonomischen Gründen
zur gefälligen Nachahmung empfohlen! Die Sonne scheint ja
doch gleichmäßig, so auf Gerechtigkeit wie auf Ungerechtigkeit.
Eine scharfe Stimme kommandiert dröhnend: „Aufstehen!
Zelle reinigen!“ Dann geht die Tür auf. „Raffel!“ Ein Kopf
brauner Brüste und ein Stück Schwarzbrot werden heringereicht.
Das Brot ist passabel, die braune Brüste aber zum inneren Ge-
brauch untauglich. Ich opfere sie den Penaten des Hauses.
Man holt mich ab und stellt mich in eine Reihe mit sieben
frisch gefangenen Berliner Dieben auf. „Linsum feht, Marsch!“
Kommando zum Duschebad. Immer je drei Mann in einer
gesonderten Zelle. Ich habe den Vorzug, eine Badzelle mit
zwei Berliner Dieben zu teilen, einem älteren und einem jün-
geren. Neugierig sehen beide ganz repräsentabel aus. Aber,
mesdames, mich gebracht es an Kraft zu schildern, was so ein
Berliner Dieb unter Leiwäsdche versteht!
Endlich darf ich mich zum Verhör befinden. Immerhin
waren, seitdem ich die gelblichen Wänden dieses Gefängnisses be-
zogen hatte, 14 Stunden verfloßen.

Der Herr Kriminalkommissar ermarktet mich.
„Wollen Sie nun endlich Ihren richtigen Namen angeben?“
„Anatol Luantscharff.“
„Das ist nicht wahr!“
„Ja lade.“
„Sie waren vor acht Jahren in Berlin und haben hier Vor-
träge gehalten?“
„Das stimmt.“
„Also, Dr. S., der Ihre Vorträge arrangiert, hatte damals
der Polizei gesagt, daß Lunatscharff nur ein Pseudonym sei.“
„Ich weiß nicht, was Dr. S. gesagt hat, ich weiß aber ganz
bestimmt, daß ich kein Pseudonym bin.“
„Ich schildere meine Familienverhältnisse. Die Erzellen-
z m ü r d e meines verstorbenen Vaters macht nämlich Eindruck.
Ich berufe mich auf die Briefe, die der Herr Kriminalwacht-
meister mir ja eigenhändig abgenommen hatte. Nach langem
Sinnudher sieht es schließlich der Ofen in der Ecke klar ein, daß
ich tatsächlich der ganz richtige Luantscharff bin. Das betrifft
meinen Kriminalwachtmeister, aber ich kann ihn wirklich nicht
helfen. Neht erscheint der elegante Herr, dessen Bekanntheit
ich gestern Abend im Saale zu allererst gemacht habe. Seine
Lippen umspielt heute ein begauberndes Lächeln. Er ist über-
zeugt, daß ich hungrig sei, und meint, daß ein Frühstück im
Restaurant mir gewiß besser munden werde als die frugale Kost
des Hauses.
In Begleitung des würdigen Mannes, der mich gestern ver-
hastet hatte, und der nun anscheinend zu meinem Schutze
bestellt worden ist, begebe ich mich in ein Restaurant, nicht ohne
Bedauern, daß mir so die Gelegenheit entgeht, offiziell preussische
Gefängnisloft kennen zu lernen. Nach dem Frühstück bringt
mich mein Schutzhengel wieder zurück diesmal vor die Augen des
Herrn Kriminalkommissars in eigener Person.
Die Affäre klärt sich langsam auf. Einerseits die sinnlose
Eintragung meines Pseudonyms, deren Nachprüfung die Poli-
zei für überflüssig hielt; andererseits die Denunziation eines
ganz gewöhnlichen Spitzels. Wobei ich hervorheben will, daß das
russische Generalkonsulat, wie es übrigens ja auch im „Berliner
Tageblatt“ erklären ließ, der Angelegenheit vollkommen fern
steht. Als der Kommissar mir dieses Schriftstück vorlas, erkannte
ich mit absoluter Klarheit, daß nur eine „echtrussische“ Seele der
Verfasser dieses schönen Elaborats gewesen sein konnte. Der
Polizei genügt aber ein solches Dokument, um mich verhaften zu
lassen und mich eine ganze Nacht wie einen Schwerverbrecher im
Gefängnis festzuballen.
Aber etwas muß doch noch geschehen! Ich war frei, mußte
aber Berlin innerhalb zwölf Stunden verlassen und darf in den
nächsten 40 Jahren Preussens Gebiet nicht wieder betreten. Leß
wohl, schönes Berlin! Ich darf dich erst als 57-jähriger Greis
wiedersehen!
Ich sollte auch Herrn v. Jagow, dem Berliner Polizei-
präsidenten, meinen Dank für die genossenen Erfahrungen ab-
statten, doch undankbar, wie ich manchmal bin, strengte ich
auf Veranlassung meiner Freunde einen Pro-
zess gegen ihn an. Herr Rechtsanwält Dr. Engel war so
liebendwürdig, die Vertretung meiner Interessen zu übernehmen.

haben und 80 Beiträge geleistet haben, sofort in der ersten Altersstufe berechtigt sein sollen. So sollen gleichfalls Mitglieder mit dreijähriger Mitgliedschaft und der entsprechenden Beitragsleistung in der zweiten, diejenigen mit sechsjähriger Mitgliedschaft in der dritten, mit achtfähriger in der vierten und mit zehn- und mehrjähriger Mitgliedschaft in der fünften Altersstufe berechtigt sein. Alle übrigen Mitglieder sollten mit dem 1. März 1914 beizugsberechtigt werden.

Diese Bestimmungen enthalten eine gewisse Härte für diejenigen Verbandsmitglieder, die am 1. April mit ihrer Beitragsleistung die Bezugsberechtigung nicht ganz erreicht haben. So kann es z. B. vorkommen, daß jemand, der in der ersten Aprilwoche seinen 79. Beitrag zahlt, erst am 1. März 1915 für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung berechtigt wird, während ein anderer, der nur um eine Woche länger dem Verbandsverband angehört, sofort in den Genuß der Unterstützung treten kann. Verbandsvorstand und Verbandsrat haben beschlossen, hierin eine Milderung eintreten zu lassen, und auch diejenigen Mitglieder nach bezugsberechtigt werden lassen, die bis zum 1. Juli d. J. noch Beiträge gezahlt haben. Für alle übrigen Mitglieder, die bisher die nötige Zahl der Beiträge entrichtet haben, verlängert sich die Frist der Bezugsberechtigung bis zum 1. März 1915. Auch in Bezug auf die Karenzzeit haben Verbandsvorstand und Verbandsrat in Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit, die ein sehr großer Teil der Mitglieder bereits durchgemacht hatte, beschlossen, als Karenzzeit für Arbeitslose die letzte Märzwoche gelten zu lassen, jedoch alle bezugsberechtigten arbeitslosen Mitglieder, die sich während dieser Zeit zur Kontrolle gemeldet haben, mit dem 1. April in den Genuß der Unterstützung treten.

Damit tritt in der Reihe der Arbeiterkollektivität ein neues Stadium als Selbsthilfe gegen unerschöpfte wirtschaftliche Not.

Letzte Nachrichten.

Zum Fall Abrech.

Mannheim, 30. März. In der Begründung der Haftbefehls des Abgeordneten Abrech aus der Unterbringungshaft wird ausgeführt, daß eine Verletzung des Art. 7 § 26 der bayerischen Verfassungsurkunde und des § 6 Absatz 2 Ziffer 1 des Einführungsgesetzes der Strafprozessordnung durch die Verhaftung Abrechs nicht erfolgt ist. Es haben demnach staatsrechtliche Gründe zur Aufhebung des Haftbefehls nicht geführt. Die Haft wurde aufgehoben, weil nach dem gegenwärtigen Stand des Verfahrens zwingende Verdachtsgründe für das Vorliegen einer strafbaren Handlung nicht gegeben waren. Es besteht zur Zeit keine hinreichenden Beweise, daß der Abtretungsvertrag vom 27./28. Januar 1890 über die Lubach-Erbschaft zwischen Alexander von Harber und Abrech nur zum Schein abgeschlossen wurde. Für einen Betrug zum Nachteil des Herrn von Harber liegen keine Beweise vor. Was den Betrug zum Nachteil der Erbin von Harber betrifft, so konnte derselbe nur gegeben sein, wenn der genannte Abtretungsvertrag ein Scheinvertrag gewesen wäre. Ist dieser aber ein ernstgemeinter Vertrag, so konnte ein Betrug an Erbin von Harber nur noch in Betracht kommen, wenn diese durch Vorspiegelung falscher Tatsachen bestimmt worden wäre, die Urkunden vom 12. Februar 1910, durch die sie die von ihrem Vater anerkannte Schuld von 1/2 Millionen Mark übernahm, unterzeichnete; eine solche Bestimmung hielt das Gericht aber nicht für gegeben.

Fortschrittlich-nationalliberales Wahlabkommen. Dresden, 30. März. Der Landesauschuß der fortschrittlichen Volkspartei stimmte einmütig dem Abschluß eines Wahlbündnisses mit den Nationalliberalen in den nächsten Landtagswahlen unter der Bedingung zu, daß der fortschrittliche Bestand gewahrt bleibt und beachtete volksparteiliche Ansprüche berücksichtigt werden.

Aus der nationalliberalen Partei. Berlin, 30. März. Der gestern hier versammelte Zentralvorstand der nationalliberalen Partei beschloß, mit den sozialliberalen und altliberalen Verbänden wegen ihrer unzulässigen Auflösung in Verbindung zu treten. In einer weiteren Entschließung wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der gegen das Eingehen bindender Verpflichtungen nationalliberaler Kandidaten gegenüber anderen Parteien vor drei Jahren gefasste Beschluß, insbesondere hinsichtlich sozialdemokratischer Stichwahlbedingungen, unanwendbar besetzt werde. Weiterhin beschäftigte sich der Zentralvorstand mit der Frage, wie eine bessere Fühlungnahme zwischen den Parlamenten und den gewerblichen Ständen herbeizuführen sei. Als Ort des allgemeinen nächsten Vertretertages wurde Köln gewählt und als Zeitpunkt der 27. September bestimmt.

Fleischeinfuhrgesetz. Berlin, 30. März. Das Gesetz betreffend die vorübergehende Zoll-Erleichterung bei der Fleischfuhr vom 12. Februar 1913 tritt mit dem 31. d. M. außer Kraft. Demgemäß wird den Gemeinden nur noch die Vergütung für solches Fleisch gewährt, das sie bis zum 31. d. M. an den Verbraucher abgesetzt haben. Für Fleisch, das erst nach diesem Zeitpunkt abgesetzt wird, bleibt es bei den früheren Bestimmungen von 27 bezw. 35 Pf. pro Doppelzentner.

Wahlen in Schweden. Stockholm, 30. März. Die ersten Resultate der Wahlen zur zweiten Kammer sind jetzt bekannt. Bei der letzten Aufzählung der Stimmen in einem der beiden Stockholmer Wahlkreise zeigt sich, daß für die Partei der Verteidigungsfreunde 6220 Stimmen abgegeben wurden, während die Liberalen (Anhänger des ehemaligen Reichspräsidenten Staaf) 3580 Stimmen und die Sozialdemokraten 1081 Stimmen erhielten. Die Liberalen verlor damit ein Mandat an die Verteidigungsfreunde. Bei den Wahlen im Jahre 1911 erhielten in dem gleichen Wahlkreis die Liberalen 3291 Stimmen, die Liberalen 3830 Stimmen und die Sozialdemokraten 9340 Stimmen. Die Wählerwahlen des Führers der Rechten Admiral Hindmann und des Führers der Sozialdemokraten, Redakteur Branting sowie des ehemaligen Kultusministers im Reichsrat Staaf, Dr. Berg, sind gesichert.

Russische Rüstungen. Petersburg, 30. März. Die umfassende Kredit-Vorlage für den Reichsschatz zur Verwirklichung des großen militärischen Programms soll noch vor den Osterfeiertagen in der Duma eingebracht werden. Das Verkehrsministerium berichtet eilig Entwürfe für 30 Zusatzlinien zu dem Eisenbahnnetz mit 45 Millionen Rubel Kosten vorzulegen.

Keine Entschädigung. Petersburg, 30. März. Die Finanzkommission der Reichsduma hat die Initiativanträge der Sozialisten und der Arbeiterpartei, den Arbeitern der Penagoldfelder Entschädigungssummen auszus zahlen, abgelehnt.

Aus Natal. Kapstadt, 30. März. Im Parlament wurde auf Antrag des Justizministers Dewet ein Gesetzesantrag zur Aufrechterhaltung des Friedens, in dem strenge Strafen für Versammlungen von Aufrührerischen und für Verhinderung von Arbeitswilligen bei Umständen vorgesehen waren, zurückgezogen. Dewet erklärte, er werde an Stelle dieses Bill einen Zusatzantrag zu dem Gesetz betreffend aufrührerische Versammlungen und deren Auflösung einbringen.

Die siegreichen Rebellen. Neuquay, 30. März. Torreón, der Hauptstadt Guertias, im Norden von Mexiko, befindet sich fast ganz in den Händen der Rebellen. Die Bundesstruppen sind vollkommen umzingelt und suchen sich durch die Feinde einen Weg zu bahnen, um nach Saltillo zu entfliehen. Villa befahl seinen Generalen, wieder sich noch ihre Mannschaften zu sammeln und alles aufzubieten, um einen Durchbruch zu erreichen. Die Einnahme Torreóns ist mit ungeheuren Verlusten erkauft worden. Auf beiden Seiten sind je 4000 Mann gefallen. Villa stand während des Kampfes in der Front im dichtesten Kugelhregen und feuerte seine Leute in tollkühner Weise an.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats. 500 J. Die auf die erste Frage gegebene Antwort gilt auch vollständig auf die zweite Anfrage. Es kann Ihnen nur am 1. April auf 1. Juli gekündigt werden. W. G. Minselsheim. Von den Sachen, die Sie in Besitz haben, ist nichts zu pfänden, außer das Haus. Wenn aber das selbe hoch belastet ist, wird auch dort nichts zu machen sein.

Verbandszeiger. Durlach (Metallarbeiterverband). Wir eruchen unsere Mitglieder dringend, die noch im Besitze sich befindlichen Bibliotheksbücher sofort abzugeben zu wollen. 8218 Die Ortsverwaltung. Urbeingen. (Sozialdem. Partei). Die auf Donnerstag, 2. April, fällige Mitgliederversammlung fällt aus. Termin zur nächsten Versammlung wird an dieser Stelle bekannt gemacht. 8222

Wasserstand des Rheins. 30. März. Schifferinsel 2,52 m, gef. 8 cm, Neßl 3,52 m, gef. 15 cm, Maxau 5,65 m, gef. 35 cm, Mannheim 5,90 m, gef. 28 cm.

JOSEPH FABER
Vergo Gold 33

Rein Kranker verzweifle. Schon alte Chroniken des Mittelalters berichten von den wunderbaren Erfolgen des Ranscheider Stahlbrunnens, und heute bezeugen tausende von Genesenen, daß der Gebrauch dieses Stahlbrunnens ihnen die Gesundheit erwirkt hat. Ein Beispiel: Ich hatte fürchterliches Rheuma in allen Gliedern, nervöse, schlaflose Nächte und große nervöse Magen- und Darmbeschwerden. Mißstimmung und Verdrachtheit drängten mich soweit, daß ich die Lust zum Leben verlor. Ich kann Ihnen dies alles die Krankheits-symptome gar nicht alle aufzählen, welche ich auszuheilen hatte; es schien, als gebe es gar keine Hilfe mehr. Ich konnte vor Schwäche nicht mehr allein gehen. Nach Verbrauch der 20. bis 25. Flasche dieses köstlichen Ranscheider Stahlbrunnens ist es anders geworden; mein Appetit ist gut, die Schmerzen haben nachgelassen, ich gehe gesünder, mache leichte Gartenarbeit und schlafe ausgezogen. Der Stuhlgang ist regelmäßig und die große heitere Lebenslust ist wieder er wacht.

Aus Mitteilungen über Anwendungsgebiet, Anverfolge, Wegig d. Brunnens kostenl.: Ranscheider Stahlbrunnen, Appard. O. 888.

Buchhandlung Volksfreund. Lützenstraße 24. Soeben erschienen: „Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse“, Verteidigungsrede der Genossin Rosa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer. Umfang circa 16 Seiten, Preis 10 Pf., Porto 3 Pf.

Wohltätigkeitskonzert

zu Gunsten der Ferienausflüge der Kinder
am Sonntag, den 5. April, nachmittags 4 Uhr,
im großen Saal des „Kühlen Krug“
veranstaltet von der Parteileitung der Weststadt,
den Gesangsvereinen Bruderbund (Männer- und
gem. Chor), Eintracht sowie der Abteilungen der
Freien Turner der Weststadt und Mühlburg
und der Theatergesellschaft Bruderbund.
Die Festeide wird vom Gen. Redakteur Weißmann
aus Freiburg gehalten.
Programm à 20 Pf., berechtigen zu freiem Eintritt.
Die gesamte Arbeiterchaft von Karlsruhe laden
wir zu dieser Veranstaltung mit der Bitte um
zahlreicher Beteiligung höf. ein. 8207

Das Komitee.

Durlach.
J. Faber, Malergeschäft
12 Hauptstraße 12 7497
empfiehlt sich einer verehrlichen Einwohnerschaft für alle in sein
Fach einschlagenden Arbeiten bei reeller Bedienung und
billigster Berechnung. — Werkstätte Kirchstraße 13.

Bevor Sie Ihren Bedarf in
Schuhwaren
decken, besichtigen Sie bitte mein Lager.
Führe mir noch gute solide Ware. 8223
Große Auswahl in
Sandalen u. Turnschuhen.

Madlener Auktions- u. Schubgeschäft
20 Rüppurrerstr. 20.
50 bis 60 tüchtige Maurer
gesucht zum sofortigen Eintritt. 8215
Leopold Schmidt, Eisenbeton- u. Gangesch., Amalienstr. 79.

Gesangverein Harmonie
Karlsruhe.
Heute abend 8 Uhr Zu-
sammenkunft der Sängern
innen und Sängern in der
Kavellenstraße bei d. Schüller-
schule. — 1/9 Uhr Sängern
versammlung im Lokal.
Vollständiges Erscheinen aller
unbedingt notwendig. 8206
Der Vorstand.

Gelegenheitskauf
wegen Räumung!
Verschiedene Paar moderne
Wettstellen mit Patentrösten u.
Stelligen Kofhaars, Woll- und
Nabotrösten sowie 2 selbstan-
geferigte Polstergarnituren u.
ca. 20 Stück Situations ff. Dessins
werden äußerst billig abgegeben.
Willy. Doll, Tapezier
Kaiser-Allee 45, 2. Stod.

Knabenanzüge
von den einfachsten bis aller-
feinsten in sehr großer Auswahl
zu allerbilligsten Preisen. 8225
L. Greß, Marienstr. 27.

Milch-Handel
gut gebender, zu kaufen gesucht.
In erste bei Wöllinger, Offen-
weinstraße 42, Karlsruhe.
Postkarte genügt. 9212
Sehr billig abzugeben: Tafel-
Klavier, schönes, 35 Pf., Klamm.
Gasherd 4 Pf., Klamm. Gasherd
1,50 Pf., schöne Singernähmaschine
mit Fußbetrieb, 4 Stühle, kleinere
Kommode, 1 Uhr, Kleiderschrank 8 Pf.
Alerstr. 17, 1. Tr. hoch.
Durlacherstr. 9 (Baden), nächst
der Kaiserstr., ist ein einfach
möbl. Zimmer an einen an-
ständigen Arbeiter per 1. April
zu vermieten.

Kinderstuhl gebraucht, zu
Grünwinkel, Sinnerstr. 8, 1. Et.
Sportwagen, gut erhalten,
billig zu verk.

Pfannkuch & Co
Eier!
Unsere Spezialität
Vollfrische
Trink-Eier
extra schwer (gestempelt)
10 Stück 77
süß, sortierte
Sied-Eier
10 Stück 68
frische
Roch-Eier
10 Stück 63
Denkbar größte Lei-
stungsfähigkeit bei
billigen Preisen, weil
direkte Waggons in
eigener Leuchtstrei-
tung sachmännlich
geprüft und sortiert
werden.
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
Vollständigste
Verkaufsstellen

